

MANFRED BATLINER UND HELMUTH BÜCHEL ÜBER DIE STEUERREFORM

Weiter mit der Steuerreform

Interview mit den FBP-Abgeordneten Manfred Batliner und Helmuth Büchel

Energiegesetz: Lob und Kritik

CHUR – 2000-Watt-Gesellschaft, Passivhäuser und Verbot für Elektroheizungen: Der Entwurf des neuen Bündner Energiegesetzes findet grundsätzlich die Zustimmung der Umweltverbände. Sie kritisieren aber das vorgesehene Tempo zur Umsetzung der Massnahmen. Für den WWF, Pro Natura und den VCS weist der Entwurf zwar in die richtige Richtung, aber zu wenig weit und zu langsam, wie die Umweltverbände mitteilen. Der Gesetzesentwurf setze nicht mehr als die Mustervorschriften der Konferenz der kantonalen Energiedirektoren um, so die Verbände. Die von der Regierung auf unbestimmten Zeitpunkt angestrebte 2000-Watt-Gesellschaft müsse bis 2050 realisiert werden. Notwendig wäre dazu die Reduktion des gegenwärtigen Energieverbrauches um rund zwei Drittel. Gelobt wird hingegen der vorgesehene Passivhaus-Standard für Neubauten und das Verbot für neue Elektroheizungen. Bei der Sanierung bestehender Bauten, wo das grösste Effizienzpotential liege, bleibe das Gesetz aber sehr zaghaft. Zudem sollen erneuerbare Energien viel stärker gefördert werden als geplant. Das neue Energiegesetz ist noch bis am 9. Oktober in der Vernehmlassung. (sda)

FBP-TERMINE

Einladung zum politischen Austausch in Triesenberg

TRIESENBERG – Die Ortsgruppe Triesenberg lädt am Samstag, den 3. Oktober, um 16 Uhr ins Café Guflina zum politischen Austausch mit Mandatären der Fortschrittlichen Bürgerpartei ein. Seitens der Regierung wird Regierungsrätin Aurelia Frick und als Vertreter des Landtages der Abgeordnete Wendelin Lampert zugegen sein. Selbstverständlich sind auch FBP-Gemeinderäte aus Triesenberg vor Ort. Im gemütlichen Rahmen stellen sich die Mandatsträger gerne den Fragen der Besucher. FBP-Ortsgruppe Triesenberg

Senioren in der FBP: Mit der VU in der Regierung

VADUZ – Die Senioren in der FBP laden alle Interessierten herzlich zur Veranstaltung mit Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer ein. Seit den letzten Wahlen im Frühjahr 2009 haben wir in unserem Land wieder eine Koalitionsregierung mit VU und FBP. In den Kompetenzbereich von Martin Meyer fallen die wichtigen Ressorts Wirtschaft, Verkehr und Bau. Er wird uns über seine Arbeit und die Zusammenarbeit in der Regierung informieren. Die Veranstaltung findet am Mittwoch, den 7. Oktober, um 15 Uhr im Pfarreisaal (beim TaK) in Schaan statt. Wir freuen uns über Ihre Teilnahme!

Der Vorstand der Senioren in der FBP

Junge FBP besucht Druckerei Jehle AG in Vaduz

VADUZ – Die Junge FBP startet eine neue Veranstaltungsreihe und besucht junge Unternehmer in Liechtenstein. Als erstes besucht die JFBP am Mittwoch, den 21. Oktober, um 18.30 Uhr die Druckerei Jehle AG in Vaduz. Der Geschäftsführer Michael Jehle ist 29 Jahre alt und hat das Unternehmen im Jahr 2006 von seinem Vater übernommen.

Die Junge FBP lädt alle Interessierten ein, an dieser Führung durch die Welt des Drucks teilzunehmen. Junge FBP



Fortschrittliche Bürgerpartei
Aeulestrasse 56, 9490 Vaduz
Tel.: 237 79 40, Fax: 237 79 49
www.fbp.li

SCHAAN – Liechtenstein befindet sich an einem Wendepunkt und muss Entscheidungen fällen, die für künftige Generationen von Bedeutung sind. In ihrem 6-Punkte-Programm verlangen die FBP-Abgeordneten die möglichst rasche Umsetzung der Steuerreform.

• Günther Meier

«Volksblatt»: Manfred Batliner, im 6-Punkte-Programm fordert die FBP-Fraktion die Einführung des neuen Steuergesetzes im Jahr 2010. Ist das eine realistische Forderung?

Manfred Batliner: Ich denke schon, denn die Vorarbeiten dazu reichen schon einige Jahre zurück. Die von der Regierung Hasler im Herbst 2006 einberufene Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Martin Wenz von der Hochschule Liechtenstein hat in ungefähr zwei Jahren ein zukunftsweisendes Steuersystem entwickelt, das massgeschneidert auf die liechtensteinische Verhältnisse zugeschnitten ist. Auf dieser Grundlage hat die Regierung den Entwurf für ein neues Steuergesetz in der Vernehmlassung geschickt, die jetzt abgeschlossen ist. Nach meiner Meinung steht nichts mehr im Wege, dass die Regierung diese Vorlage an den Landtag zur Beratung und Verabschiedung weiterleitet.

Helmuth Büchel, dennoch scheint es so, als ob die FBP-Fraktion etwas Dampf draufsetzen möchte – oder täuscht dieser Eindruck?

Helmuth Büchel: Es macht im Moment den Anschein, als ob Regierungschef und Finanzminister Klaus Tschütscher nur noch die OECD-konformen Abkommen über die Steuerinformation im Auge hätte. Ich habe gar nichts dagegen, dass sich der Regierungschef darauf konzentriert, Liechtenstein möglichst schnell von der «grauen Liste» der OECD wegzubringen. Aber genau so drin-

gend und wichtig erachten wir von der FBP-Fraktion die Steuerreform, denn damit werden die entscheidenden Weichen für die Zukunft gestellt. Auf internationaler Ebene kommt der Steuerwettbewerb zunehmend in Fahrt, aber auch in unserer unmittelbaren Nachbarschaft herrscht bereits ein intensiver Steuer- und Standortwettbewerb. Wenn wir nicht möglichst bald darauf gerüstet sind, tragen wir die Nummer 2 auf dem Rücken.

Es gibt eine Reihe anderer Staaten, die bereits mit Erfolg solche Steuerreformen durchgeführt haben

Täuschen wir uns oder liegen wir richtig damit, dass Liechtenstein überall als «Steuerparadies» gesehen wird und nicht die Schweizer Kantone?

Helmuth Büchel: Wenn im Ausland von Steuerparadies die Rede ist, dann denken die meisten zuerst an äusserst günstige oder gar fehlende Steuern für ausländische Vermögen. Betrachten wir die Steuersituation im Detail, so erkennen wir, dass etliche Schweizer Kantone günstiger sind als Liechtenstein. Unter den Kantonen findet schon seit einiger Zeit ein Steuerwettbewerb statt, der sich aber nicht in erster Linie auf ausländische Vermögen bezieht, sondern auf günstige Konditionen für einheimische Unternehmen oder für Betriebsansiedlungen. Gerade der Kanton Appenzell Ausserrhoden offeriert hier äusserst günstige Konditionen.

Manfred Batliner: Gerade für KMU-Betriebe oder kleinere Industriebetriebe bieten die Nachbarn in der Schweiz sehr gute Bedingungen an. Für die Ansiedlung neuer Betriebe sind die schweizerischen Gemeinden bereit, attraktive Angebote für Firmengelände und für die Besteuerung zu machen. Wir haben in Liechtenstein den Nachteil, nicht über so viel Boden zu verfügen wie die Nachbarn. Deshalb müssen wir schauen, attraktive und auf hohe Wertschöpfung ausgerichtete Betriebe ansiedeln zu können, die weder viel Platz beanspruchen noch viele Mitarbeiter beschäftigen. Mit dem neuen Steuergesetz kann dies gemacht werden. Die Ausrichtung des künftigen Steuergesetzes muss sein, so hat es Otmar Hasler als Regierungschef immer betont, attraktive rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, um international wettbewerbsfähig zu bleiben.

Helmuth Büchel: Die in die Vernehmlassung geschickte Steuergesetzesvorlage möchte die national und international tätigen Wirtschaftsunternehmen möglichst wenig einschränken. Für die KMU-Betriebe ist sicher von Bedeutung, dass im grenzüberschreitenden Verhältnis keine Zusatzbelas-

tungen anfallen. Für die Finanzdienstleistungen fällt besonders ins Gewicht, dass das Steuergesetz den Vorgaben des EWR-Abkommens entspricht, während für die Industrie die internationale Vergleichbarkeit im Mittelpunkt steht, was beim Abschluss von Doppelbesteuerungsabkommen von Bedeutung sein wird.

Ist es nicht eigenartig, dass Liechtenstein zusammen mit anderen Ländern international an den Pranger gestellt und auf eine «graue Liste» gesetzt wurde, während gleichzeitig ein neues Steuergesetz zur Verbesserung der Position im internationalen Steuerwettbewerb erarbeitet wird?

Helmuth Büchel: Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Auf der einen Seite wollen die Staaten mehr Transparenz und brauchen Geld für die Finanzierung ihrer teuren Konjunkturstützungsprogramme, andererseits werden die Steuern in vielen Ländern gesenkt, um die Attraktivität als Wirtschaftsstandort zu erhöhen. Aktuellstes Beispiel ist Deutschland, wo die FDP unter Guido Westerwelle sich ganz klar für Steuersenkungen ausgesprochen hat. Unser Land ist nicht das einzige Land, das sich mit einer Steuerreform beschäftigt. Es gibt eine Reihe anderer Staaten, die bereits mit Erfolg solche Steuerreformen durchgeführt haben. Vielleicht hat die globale Finanz- und Wirtschaftskrise die Sicht dieser Reformen etwas verdeckt, aber ich bin überzeugt, sobald der Wirtschaftsaufschwung einsetzt, werden die Vorteile sichtbar.

Manfred Batliner: Es ist kein Geheimnis, dass die Unternehmenssteuerreform 2005 unserm Nachbarland Österreich einen starken wirtschaftlichen Aufschwung brachte. Dieser positive Effekt ging mit der Weltwirtschaftskrise in der öffentlichen Wahrnehmung etwas unter, wird aber in einer kommenden Aufschwungphase sicher zu einem Trumpf im Steuerwettbewerb werden.

Wir brauchen die Steuerreform, dringend – und für unsere Zukunft!

Alles konzentriert sich offensichtlich auf die Wirtschaft. Gehen dabei nicht die privaten Steuerzahler unter?

Helmuth Büchel: Die Steuerreform, wie sie Regierungschef Otmar Hasler in die Vernehmlassung geschickt hat, enthält Verbesserungen für Privatpersonen wie für Unternehmen. Dass die privaten Steuerzahler derzeit etwas in den Hintergrund rücken, versteht sich angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise von selbst. Im übrigen müssen wir eingestehen, dass die privaten Steuerzahler vergleichsweise gut wegkommen, aber ungeachtet dieser Tatsache

sieht die Steuerreform einige Verbesserungen für Privatpersonen vor – durch Entlastungen, aber vor allem auch durch die gerechtere Systematik der Besteuerung.

Manfred Batliner: Mir erscheint auch wichtig, dass die Steuerreform ein wichtiges Anliegen des Zukunftsprojekts «Futuro» ist. Ursprünglich auf die Finanzwelt angelegt, sind inzwischen auch Futuro-Berichte für den Industriesektor und das Gewerbe erschienen. Auch diese beiden Berichte stellen die Steuerreform in den Mittelpunkt und hoffen auf baldige Einführung des neuen Steuergesetzes. Es herrscht also in der Wirtschaft ein breiter Konsens darüber, was gemacht werden sollte.

Zurück zu unserer Eingangsfrage: Das 6-Punkte-Programm der FBP-Fraktion liegt vor. Was werden Sie nun tun in Bezug auf die Steuerreform?

Manfred Batliner: Wir haben damit klar zum Ausdruck gebracht, welche Punkte für uns in diesem Herbst besonders wichtig sind. Ob Finanzplatz oder Steuerreform, ob Staatshaushalt oder Gesundheitskosten: Es handelt sich um aktuelle Themen, mit denen wir wichtige Weichenstellungen für unsere Zukunft und für die Zukunft der nächsten Generation vornehmen. Diese Agenden sind dringend, wir dürfen nicht unnötig Zeit verlieren.

Helmuth Büchel: Mit Bezug auf die Steuerreform möchte ich ergänzen, dass in der Vorgängerregierung ein besonderes Augenmerk auf diese Reform gelegt wurde. Mit intensiver Arbeit ist es innerhalb von zwei Jahren gelungen, ein ausgeglichenes Steuergesetz in die Vernehmlassung zu geben, das sowohl den privaten Steuerzahlern als auch den Unternehmern entgegenkommt, auf mittlere Sicht kann auch der Staat von den Veränderungen profitieren. Ich spreche mich auch ganz klar dafür aus, dass wir die vorliegende Steuerreform für natürliche und juristische Personen sofort durchführen und nicht den Teil der juristischen Personen vorziehen. Dieser Schwung, der bisher in der Steuerreform zu erkennen war, darf nicht aufgegeben werden. Wir brauchen die Steuerreform, dringend – und für unsere Zukunft!



Setzen sich für eine rasche Umsetzung der Steuerreform ein. Die FBP-Landtagsabgeordneten Manfred Batliner und Helmuth Büchel.